

S.E. Sir Oliver Wright

Königlich Britischer Botschafter, Bonn

„Großbritannien – Ihr treuer Partner oder Außenseiter?“

Meine Damen und Herren!

Ich bin dem Übersee-Club äußerst dankbar für die freundliche Einladung, heute Abend hier vor Ihnen zu sprechen. Wenn ich mir die Liste Ihrer früheren Gäste ansehe, so werde ich mir der Ehre bewusst, die Sie mir zukommen lassen, aber auch der Schwierigkeit, einer solchen Ansammlung glänzender Talente nachzufolgen. Es ist nun zwei Jahre her, dass ich das letzte Mal das Vergnügen hatte, Ihre Gastfreundschaft zu genießen; das war, als der damalige britische Außenminister zu Ihnen sprach. Mr. Callaghan wurde kurz danach zum Premierminister promoviert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass mir dasselbe passieren wird. Nein, ich hoffe, so etwas geschieht nicht, denn ich bin sehr gern hier in der Bundesrepublik und hoffe, noch lange bleiben zu dürfen.

Ich bin auch froh, die Gelegenheit wahrzunehmen, heute Abend über Großbritannien und seine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland sprechen zu dürfen. Es freut mich, dass ich das in Hamburg tun kann, da diese Stadt Großbritannien gegenüber traditionsgemäß sehr freundschaftlich eingestellt ist. Es freut mich aber nicht, dass meine Rede unter der Überschrift steht: „Großbritannien – Ihr treuer Partner oder Außenseiter?“, denn gerade hier in Hamburg sollten wohl keinerlei Zweifel über die Antwort bestehen. Jedoch ausgerechnet von Hamburg aus sind in den letzten Monaten eindeutig negative Aussagen gemacht worden. „Die bösen Buben der Gemeinschaft“ lautete eine Meinung. „Immer Ärger mit den Briten“ war eine andere. Ich weiß nicht, ob diese Ansichten auf Mangel an Information, mangelndes Verständnis oder mangelnde Weitsicht zurückzuführen waren. Ich werde aber heute Abend mit Ihrer Erlaubnis den Versuch machen, einige Informationen zu geben, das Verständnis zu fördern und die richtige Perspektive wieder herzustellen. Dennoch muss ich es Ihnen überlassen, auf die Frage im Titel meiner Rede eine Antwort zu geben. Ihnen muss es zufallen, diese Frage zu beurteilen. Wenn es mir nicht gelingt, Ihnen gedanklich die richtige Antwort vorzugeben, so ist das meine Schuld.

Ich möchte Ihnen zunächst eine ziemlich grundlegende Frage stellen. Worauf kommt es der Bundesrepublik bei ihren Beziehungen nach außen am meisten an? Es ist vielleicht nicht Aufgabe eines Engländers, diese Frage zu beantworten; aber als interessierter, und zwar engagierter Beobachter der deutschen Szene werde ich versuchen, eine Antwort zu geben. Zunächst kann ich mir vorstellen, dass Sie vor allem an der Verteidigung Ihrer Freiheit, ein Leben nach eigener Wahl zu leben, interessiert sind. Da Sie das nicht allein können, haben Sie sich gleichgesinnten Freunden und Nachbarn im Nordatlantischen Bündnis angeschlossen. Zweitens kann ich mir vorstellen, dass Sie interessiert sind an einem immer engeren Zusammenschluss Europas: das heißt an der Europäischen Gemeinschaft. Drittens kann ich mir vorstellen, dass Sie an den Ost-West-Beziehungen interessiert sind: das bedeutet auch Berlin.

Zuerst muss ich hervorheben, dass Großbritannien mit Ihnen alle diese wichtigen Anliegen teilt: Verteidigung, Europa, Berlin. Ich behaupte nicht, dass wir in Verteidigungsfragen genauso bedeutend für Sie sind wie die USA. Natürlich nicht. Vielleicht sind wir in europäischen Angelegenheiten von weniger Bedeutung für Sie als Frankreich. Aber während die Vereinigten Staaten Ihre Interessen bezüglich Berlin und der NATO mit Ihnen teilen und Frankreich Ihre Interessen bezüglich Berlin und Europa teilt, ist Großbritannien das Land, welches alle drei Anliegen mit der Bundesrepublik teilt: Berlin, die integrierte Struktur der NATO und Europa; und wir sind der einzige Partner, von dem man das sagen kann.

Ich möchte auf jedes dieser Anliegen nacheinander näher eingehen, um

S.E. Sir J. Oliver Wright, KCMC, DSC.
6. März 1921. Englischer Diplomat.
Geboren in London, Studium in
Cambridge, Kriegsdienst bei der
Marine. 1945 Eintritt in den
diplomatischen Dienst. Verschiedene
Verwendungen in New York, Bukarest,
Singapur, London, Berlin und Pretoria.
1960–1966 Privatsekretär des
Britischen Außenministers und s
päteren Premiers Lord Home und
seines Nachfolgers Harold Wilson.
Dann u.a. Botschafter in Dänemark.
In den Jahren 1975–1982 vertrat er
die britischen Interessen als Botschafter
in Bonn, bevor er anschließend in
gleicher Funktion nach Washington
versetzt worden ist. Seine Erhebung
in den Adelsstand erfolgte 1974.

festzustellen, ob unser jeweiliger Beitrag der eines treuen Partners oder eines Außenseiters ist.

Berlin

Lassen Sie uns zuerst Berlin betrachten. Ich fange damit an, weil ich, zusammen mit meinem amerikanischen und meinem französischen Kollegen, eine besondere Verantwortung für Berlin habe, abgesehen von und zusätzlich zu meinen Aufgaben in Bonn. Ich habe tatsächlich zwei Tätigkeiten: eine Tätigkeit in Bonn und eine in Berlin. Zwei Häuser: eins am Rhein in Bonn und eins im Grunewald in Berlin. Ich habe zwei Mitarbeiterstäbe: einen in der Botschaft in Bonn und einen bei der britischen Militärregierung in Berlin. Zwei Jobs, zwei Zuhause, zwei Mitarbeiterstäbe – leider jedoch nur ein Gehalt. Nun ja, ich habe trotzdem mein Auskommen.

Der zweite Grund, warum ich zunächst auf Berlin eingehe, ist die zentrale Rolle, die Berlin nach dem Krieg bei der Versöhnung früherer Feinde gespielt hat. Die Berliner Blockade und die Luftbrücke waren die Wendepunkte. Die Verteidigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Alliierten in Berlin fielen zusammen mit der Verteidigung des Rechts der Berliner, in Freiheit zu leben. Wir kamen nach Berlin als Besatzungsmächte. Wir bleiben in Berlin als Schutzmächte.

Großbritannien unterhält – zusammen mit seinen amerikanischen und französischen Verbündeten – eine beträchtliche Garnison in Berlin als konkreter militärischer Beweis unserer politischen Entschlossenheit, unsere eigenen Rechte und Verantwortlichkeiten und auch die demokratische Freiheit der Berliner zu verteidigen. Großbritannien hat kürzlich – zusammen mit seinen amerikanischen und französischen Verbündeten – sein Engagement zu Berlin wieder bekräftigt, als der neue Regierende Bürgermeister bei seinem Amtsantritt Washington, Paris und London einen Besuch abstattete. Die Königin wird im Mai dieses Jahres Berlin besuchen. Dann können die Berliner wieder über das britische Engagement gegenüber Berlin sagen: *Si monumentum requieris, circumspice*. (Wenn Du einen Beweis dafür suchst, brauchst du dich nur umzusehen.)

Es steht mir als Engländer nicht zu, die Rolle zu bewerten, die Berlin heute im Leben der deutschen Nation spielt. Die Bedeutung der Stadt als Prüfstein der Entspannung liegt klar auf der Hand. Aber es ist angemessen, wenn ich die Frage stelle: Angesichts der gegebenen Tatsachen – das politische Engagement aller britischen Regierungen, die konkrete Anwesenheit der Berliner Garnison, der bevorstehende Besuch Ihrer Majestät der Königin – betrachten Sie Großbritannien angesichts dieser Dinge als treuen Partner in Berlin – oder als Außenseiter?

Ich kenne die Antwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und des Berliner Senats, weil ich mit ihnen tagtäglich dienstlich zu tun habe. Ich kenne die Antwort der Berliner, weil ich unter ihnen lebe. Ich hoffe, die Antwort der Hamburger wäre dieselbe.

Die NATO

Die Blockade Berlins im Jahre 1948 war einer der Hauptgründe für die Gründung der NATO 1949. Großbritannien war eines der Gründungsmitglieder der NATO und hat seitdem ständig und stetig Marine-, Luft- und Bodestreitkräfte dem integrierten Kommando des Bündnisses unterstellt. Es war dann der Krieg in Korea, der zu der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und zur Unterzeichnung des Vertrags der Westeuropäischen Union führte.

Es ist allgemein bekannt, dass Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland heute beide Mitglieder des Nordatlantik-Bündnisses sind. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit jedoch auf andere Aspekte unseres militärischen Beitrags lenken, die nicht so allgemein bekannt sind.

Erstens: Alle Mitglieder der Allianz sind vertraglich verpflichtet, sich in Zeiten der Gefahr gegenseitig zu Hilfe zu kommen. Großbritannien ist der einzige Verbündete der Bundesrepublik, der außerdem die vertragliche Verpflichtung hat, eine bestimmte Anzahl von Heeres- und Luftwaffensoldaten

auf deutschem Boden zu stationieren. Unsere amerikanischen Verbündeten stationieren auch Truppen auf deutschem Boden; ebenso unsere französischen Verbündeten, obwohl sie nicht zur integrierten Militärstruktur der Allianz gehören; auch unsere kanadischen, belgischen und niederländischen Verbündeten stationieren Truppen hier. Aber nur Ihr britischer Verbündeter ist vertraglich verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Truppen in Deutschland zu halten, und zwar vier Divisionen und die Zweite Taktische Luftwaffe, mit anderen Worten: 55 000 Heeresangehörige und 10 000 Luftwaffenangehörige. Das ist ein genau festgelegtes Engagement, das kein anderer Verbündeter eingegangen ist.

Im vergangenen Jahr feierte die Königin ihr Silberjubiläum. Es ist Brauch bei solchen Jubiläen, dass die Monarchin die Parade der Streitkräfte der Krone abnimmt. Die Königin nahm auf britischen Gewässern eine Flottenparade der Royal Navy ab. Sie ließ die Royal Air Force am britischen Himmel vorbeifilieren. Aber sie musste nach Sennelager in der Bundesrepublik kommen, um eine Parade ihrer Armee abzunehmen, denn dort befindet sich die größte Konzentration Kampftruppen des britischen Heeres.

So viel zu unserer vertraglichen Verpflichtung und der Art, wie wir sie erfüllen.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass die Rheinarmee und die Royal Air Force Germany aus Berufssoldaten bestehen. Zusammen mit den Angehörigen der britischen Marine bilden sie den einzigen Beitrag von Nur-Berufssoldaten zu den Streitkräften des NATO-Bündnisses. Die Vorteile zeigen sich in der Effizienz der Übungen, die unter NATO-Schirmherrschaft aufgeführt werden.

Bei den Luftwaffen der Allianz ist ihre Leistungsstärke messbar durch das, was als Tacevals oder taktische Bewertungen bekannt ist. Sie werden ohne Vorankündigung von Zeit zu Zeit von dem internationalen NATO-Stab durchgeführt. Der Oberbefehlshaber der Royal Air Force Germany hat mich gebeten, Ihnen die Ergebnisse dieser Inspektionen nicht zu nennen, was die Royal Air Force betrifft. Ich muss seinen Wunsch respektieren und werde deshalb die Ergebnisse des letzten Taceval des RAF-Stützpunktes in Brüggen nicht preisgeben. Sie sind derart gut, dass das Motiv des Oberbefehlshabers entweder Bescheidenheit sein muss, was sehr sympathisch wäre, oder der Wunsch, keine Eifersucht aufkommen zu lassen, was sehr rücksichtsvoll wäre. Wenn sie die Ergebnisse interessieren, können Sie ja General Haig fragen: Er ist doch ein unparteiischer Schiedsrichter.

Vielleicht darf ich hinzufügen, dass die Luftwaffen Großbritanniens und der Bundesrepublik ungefähr größenmäßig vergleichbar sind, sowohl bezüglich der Anzahl der Soldaten als auch der Flugzeuge für den Fronteinsatz. Die RAF besteht aus 87 000 Berufssoldaten. Die bundesdeutsche Luftwaffe zählt 68 000 Berufssoldaten und 41 000 Wehrpflichtige. Die RAF hat 550 Flugzeuge für den Fronteinsatz, die Bundesluftwaffe etwa ebenso viele.

Mein dritter Punkt bezieht sich auf die Rolle der Royal Navy. Ich muss ehrlich sein und zugeben, dass ich in dieser Sache kaum neutral bin. Ich habe während des Krieges mehr als vier Jahre meines Lebens in der Royal Navy verlebt und brachte es zum angesehenen Rang eines Leutnants zur See der Reserve. Ich werde versuchen, vorurteilslos über die Marine zu sprechen. Wenn Sie jedoch feststellen, dass sich ein kleines „prejuge favorable“ in meine Äußerungen einschleicht, sind Sie vorgewarnt und wissen es entsprechend einzuordnen.

Es ist durchaus verständlich, dass die Bundesrepublik Deutschland, als kontinentaler Staat, der eine lange gemeinsame Grenze mit den Staaten des Warschauer Pakts hat, sein Auge auf die Zentralfront richtet und meistens die Rolle der Armee unterstreicht. Die Bundesarmee ist auch wirklich doppelt so groß wie das britische Heer: 341 000 Mann verglichen mit 175 000.

Aber das Abkommen, dem wir beide beigetreten sind, heißt der Nordatlantiktakt. Die Verteidigung des Atlantiks, die Bindungen zwischen Amerika und Europa, sind genauso lebenswichtig wie die Verteidigung der Zentralfront. Außerdem bleiben die Heere während des Friedens auf ihrer eigenen Seite der Grenzen, und die Luftwaffen halten sich an ihre eigenen Lufträume;

die Marinen sind jedoch ständig auf hoher See und beschatten sich gegenseitig, in fast ständigem Kontakt zueinander. So befinden sie sich stets auf Draht.

Die Royal Navy ist die größte Marinestreitkraft Europas, wie es sich für die Marine eines Inselkönigreichs gehört. Sie hat die doppelte Personalstärke der bundesdeutschen Marine – 75 000 Mann verglichen mit 38 000 – und ganz beträchtlich mehr als doppelt so viele Kampfschiffe. Darunter U-Boote mit nuklearen Waffen.

Die Marinen der NATO sind zwar auf See und außer Sicht; sie sollten deshalb jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Noch ein paar Punkte, die keinen großen Bekanntheitsgrad haben oder, wenn doch bekannt, trotzdem keine große Anerkennung finden. Wir geben einen größeren Anteil unseres Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aus als irgendein anderes europäisches NATO-Mitglied. Wir geben einen größeren Anteil unseres Verteidigungshaushaltes für die Ausrüstung aus als irgendein anderes europäisches NATO-Mitglied. Wir haben die NATO-Verpflichtung anerkannt und angenommen, über die man sich im vergangenen Jahr auf dem NATO-Gipfel geeinigt hat, nämlich unsere Realausgaben für Verteidigungszwecke von 1979 an um drei Prozent zu erhöhen.

Ich mache diese Angaben über den britischen Beitrag zu unserer gemeinsamen Verteidigung nicht, um damit zu prahlen, obwohl ich zugeben muss, dass ich stolz darauf bin. Wenn es wie Prahlerei aussieht, so mögen Sie mir vergeben. Das ist weder Zweck noch Absicht meiner Worte. Der Zweck ist, damit Sie für sich selbst die im Titel meiner Rede gestellte Frage beantworten können.

Sind die NATO und Berlin von Bedeutung für Sie?

Ist Großbritannien in der NATO, wie in Berlin, Ihr treuer Partner oder ein Außenseiter? Ich überlasse die Antwort auf diese Frage Ihrem Urteil.

Europa

Der dritte „lebenswichtige“ Aspekt unserer Partnerschaft ist die Europäische Gemeinschaft. Und gerade dieser Aspekt unserer Beziehung hat die meisten Kontroversen hervorgebracht. Ich schulde es meinen deutschen Zuhörern und besonders Zuhörern, die Großbritannien traditionsgemäß so freundschaftlich begegnen wie die Hamburger, mich zu dieser Kritik zu äußern. Und ich werde es tun.

Aber zuerst möchte ich einige grundlegende Punkte erwähnen, die leicht untergehen in den üblichen Streitgesprächen in Brüssel über Butterpreise und Fischkontingente.

Erstens: Wir sind nun ein Vollmitglied der EG, wir wollen ein Vollmitglied bleiben und eine vollständige Rolle bei der Bestimmung der Gegenwart und Zukunft Europas spielen. In dem Referendum 1975 stimmten meine Landsleute mit 2:1 für einen Verbleib in der Gemeinschaft. Die Frage ist geklärt. Die Option eines Verlassens der Gemeinschaft gibt es in Wirklichkeit für uns nicht.

Ich weiß noch nicht, ob Sie das glücklich oder traurig macht. Einige meiner deutschen Freunde sagen mir manchmal ganz offen, sie glaubten, de Gaulle hatte recht gehabt, als er uns am Beitritt hindern wollte. Und selbst jetzt wäre Europa ohne uns besser dran. Ich hoffe, ich kann Sie überzeugen, dass unsere Mitgliedschaft Sie glücklich machen sollte, bei Berücksichtigung aller Für und Wider; genauso wie wir, bei Berücksichtigung des Für und Wider, mit unserer Mitgliedschaft zufrieden sind. Das Schlüsselwort ist: bei Berücksichtigung aller Fürs und Wider. Ich erwarte nicht, dass Sie sich mit allem einverstanden erklären, was wir in der Gemeinschaft tun; genauso wie Sie nicht erwarten sollten, dass wir alles gutheißen, was Sie in der Gemeinschaft tun. Ich will Ihnen heute Abend keine Liste unserer Beschwerden vorlegen. Ihnen nicht sozusagen die Leviten lesen. Das wäre kaum angebracht. Ich bin Ihr Gast, und der Gast kritisiert normalerweise nicht die Gardinen seiner Gastgeberin. Ich sage nur, dass wir beide auf weite Sicht in der EG zusammenzuleben haben.

Zweitens: Es wäre wünschenswert, unsere Motive für den Beitritt zur Gemeinschaft zu verstehen, da sie sich von den Ihren unterscheiden. Aber die

Tatsache, dass sie unterschiedlich sind, macht sie nicht tadelnswert. Ich will erklären, was ich damit meine.

Es steht außer Frage, dass die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich den ursprünglichen Kern der Gemeinschaft bildeten. Politisch gaben die Römischen Verträge formell dem Akt der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich Ausdruck, ein Faktor von großer Bedeutung und hohem Wert für Europa. Wir alle können diesen Schritt uneingeschränkt begrüßen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt stellten die Römischen Verträge eine Art Packagedeal zwischen der deutschen Industrie und der französischen Landwirtschaft dar, obwohl der Gemeinsame Markt auch der französischen Industrie Vorteile brachte und die Gemeinsame Agrarpolitik auch für die deutsche Landwirtschaft von sehr großem Nutzen ist.

Großbritanniens Motivation war eine ganz andere. Wirtschaftlich gesehen hielten wir die Mitgliedschaft für etwa neutral. Wir erwarteten durch Zutritt zu einem größeren Markt industriell auf lange Sicht zu gewinnen. Und wir erwarteten auf dem landwirtschaftlichen Sektor zu verlieren, und zwar sofort zu verlieren, indem wir von den Weltmärkten für billigere Nahrungsmittel abgeschnitten würden.

Der entscheidende Beweggrund war für uns der politische. Mit dem Verlust des Empire hatten wir die Macht verloren, unsere eigene Zukunft als Nation zu bestimmen. Wir behielten aber auch den Wunsch, unser Schicksal selbst zu meistern. Wir dachten, durch eine Vereinigung unseres Schicksals als Nation mit dem Schicksal unserer Nachbarn auf dem Kontinent, die denselben Fleck der Erde bewohnen und im Großen und Ganzen dieselbe politische Tradition und dieselben Interessen haben wie wir, könnten wir gemeinsam die Zukunft Europas bestimmen und gemeinsam die Interessen Europas in der Welt vertreten.

Manchmal wirft man uns einen Mangel an europäischem Engagement vor. Ich weiß nicht, was europäischer sein könnte als eine bewusste Entscheidung, getragen von einer 2:1 Mehrheit, wodurch unsere Zukunft als Nation mit Ihrer Zukunft und unserer beider Länder Zukunft mit der Zukunft Europas verknüpft worden ist und wir gemeinsam die weltweiten Interessen Europas fördern.

Drittens: Als die Römischen Verträge 1957 unterzeichnet wurden, waren wir noch nicht zum Beitritt bereit. Es gab viele Gründe dafür, psychologische und politische. Lassen Sie mich nur erwähnen, dass wir mitten in der enorm großen Aufgabe der Entkolonialisierung steckten; wir waren gerade dabei, den Sitz der Regierung von etwa 600 Millionen Menschen von London in 30 oder mehr verschiedene Hauptstädte in Asien, Afrika und dem Pazifik zu verlegen. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was 30 Verhandlungen dieser Art bedeuten; so ungefähr 30 x Römische Verträge. Als wir fünf Jahre später bereit waren, der Gemeinschaft beizutreten, war die Gemeinschaft nicht bereit, unseren Antrag anzunehmen.

Im Jahre 1963 und zwar unter einer konservativen Regierung, erlebten wir das erste Veto. 1967, unter einer Labour-Regierung, erlebten wir das zweite Veto. 1973 traten wir schließlich der Gemeinschaft bei, aber erst nach zwei Vetos und zehn Jahren Wartezeit draußen. Ich glaube, dadurch entstanden unsere unterschiedlichen Perspektiven und Erwartungen. Das Warten hatte vielleicht Ihre Erwartungen erhöht; unsere Begeisterung hat es sicherlich vermindert. Von Ihrem Standpunkt aus ist unsere mangelnde Begeisterung zweifellos enttäuschend. Tatsache ist: Was in 1963 oder 1967 eine Liebesheirat hätte werden können, wurde in 1973 zur Vernunftehe. Aber zumindest ist eine Vernunftehe definitionsgemäß vernünftig.

Viertens: Sie und die anderen Gründermittglieder sind nun seit 20 Jahren in der Gemeinschaft, und Sie hatten genügend Zeit, um sich einzufügen und an das Gemeinschaftsleben anzupassen. Wir sind nur seit fünf Jahren Mitglied und finden den Anpassungsprozess schwierig. Darüber hinaus erfuhr in den ersten 15 dieser 20 Jahre der internationale Handel eine Blütezeit. Es war eine Zeit der Hochkonjunktur. Sie erlebten das Wirtschaftswunder. Als Ergebnis bringt Ihnen der Mann auf der Straße seinen Wohlstand mit der Gemeinschaft in Verbindung. Für ihn sind die Gemeinschaft und seine Erfahrungen damit

„eine gute Sache“.

Für uns ist das ganz anders. Wir traten am 1. Januar 1973 bei. Zehn Monate später brach der Yom Kippur-Krieg aus; der Ölpreis stieg um das Vierfache, und die westlichen Industriestaaten erlebten eine Kombination von konjunktureller und struktureller Rezession, in der wir uns alle noch befinden. Für die Briten ist das Leben in der Gemeinschaft zeitlich mit der Rezession zusammengefallen. Bisher ist unsere Erfahrung mit der Gemeinschaft alles andere als eine „gute Sache“ gewesen. Natürlich hat die Gemeinschaft die Rezession nicht verursacht. Das wissen wir alle. Aber selbst ein gänzlich überzeugter Europäer wie ich hat Schwierigkeiten, eine bessere materielle Rechtfertigung für unsere Beitrittsentscheidung heute zu finden als die, dass die Rezession viel schlimmer geworden wäre, wenn wir sie allein hätten durchmachen müssen. Das ist wahr; und es ist wichtig. Aber es ist kaum das Argument, das Heinrich V. in Harfleur benutzt hätte, um seine Soldaten zum Sturm anzufeuern. Das Argument hätte vielleicht Macbeth zugesagt, nachdem er Duncan – den König von Schottland – und seine beiden Diener sowie Banquo und Lady MacDuff und ihre Kinder ermordet hatte:

„Ich bin einmal so tief in Blut gestiegen

...

Dass Rückkehr so schwierig wär, als durchzugehn.“

Aber geschehen ist geschehen. Das Leben geht weiter. Und dabei ist das Leben in Wirklichkeit nicht halb so schlimm, wie professionelle Pessimisten es malen. Selbst das Leben in der Gemeinschaft ist in Wirklichkeit gar nicht so schlimm. Aber ich muss Sie darum bitten, unsere Handlungen in der Gemeinschaft vor dem eben geschilderten Hintergrund zu beurteilen. Die positiven Aspekte, die uns zugute gehalten werden sollten, sind die endgültige Entscheidung zugunsten des Beitritts mit einer 2:1 Mehrheit und die positiven politischen Motive, unser Schicksal mit Europa zu verknüpfen, die hinter dieser Entscheidung standen. Die weniger positiven Aspekte, die man uns kaum vorwerfen kann, sind die schwindende Begeisterung nach zwei Vetos und zehn Jahren des Wartens draußen vor der Tür und die Tatsache, dass unsere Mitgliedschaft mit der Welt-Wirtschaftskrise zusammengefallen ist.

Ich will mich nun einigen der Kritiken zuwenden, die ich ab und zu höre. Die meisten beziehen sich auf Fisch und Nahrungsmittel, aber auch auf grundsätzliche politische Fragen unseres Engagements gegenüber Europa.

Großbritanniens Rolle als Prügelknabe wird besonders deutlich im Rat der Landwirtschaftsminister, dem Agrarrat. Es stimmt, dass wir nicht alles an der Gemeinsamen Agrarpolitik mögen. Aber wir haben den Vertrag unterzeichnet und erkennen die Gemeinsame Agrarpolitik als einen der Stützpfeiler der Gemeinschaft an. Auf jeden Fall war sie Teil der Eintrittskarte zu Galapreisen, die wir bezahlen mussten. Es war uns wohl bei Eintritt in die Gemeinschaft klar, dass eine Annahme der Gemeinsamen Agrarpolitik zu einem scharfen Anstieg der Lebensmittelpreise in unseren Läden führen würde. Obgleich wir die Grundprinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik nie in Frage gestellt haben, glauben wir nicht, dass das System der Gemeinschaft in der Praxis völlig perfekt und so unveränderlich ist. Die Gemeinschaft hat Fehler gemacht, die für uns alle klar erkennbar sind; ganz deutlich wird das bei den Hunderttausenden von Tonnen Butter und Milchpulver, die in Lagerhäusern der Gemeinschaft lagern. Es kann nicht Ziel einer vernünftigen Agrarpolitik sein, Berge unverkäuflicher Lebensmittel und Seen unverkäuflicher Getränke zu produzieren.

Ich frage mich, was man sagen würde, wenn die Automobilhersteller unendlich viele Wagen herstellen dürften und erwarteten, dafür bezahlt zu werden, ganz gleich ob die Autos auf dem Markt verkauft werden können oder nicht. Vorräte zum Ausgleich von guten und schlechten Ernten und zeitweiligen Marktungleichgewichten sind eine gute Sache, ständige Produktion für die Lagerhaltung ist eine andere Sache.

Großbritannien ist nicht das einzige Land, das die Gemeinsame Agrarpolitik kritisiert – es gibt auch Kritiker in anderen Mitgliedstaaten, und einige Kritiker kommen aus der Bundesrepublik Deutschland. Erst kürzlich blätter-

te ich im Bonner Generalanzeiger und sah einen Artikel mit der Überschrift: „Teure Milchpolitik in der Gemeinschaft: Steuerzahler in der EG zahlen eine Million Mark pro Stunde“. Ich habe von meinem Agrarberater etwas Mathematik machen lassen und habe feststellen können, dass diese Richtung stimmt. Die europäischen Steuerzahler bekommen 1978 eine Rechnung von fast zehn Milliarden Mark für die Milchpolitik der Gemeinschaft präsentiert; davon wird der deutsche Steuerzahler etwa ein Drittel zahlen. Wenn also Großbritannien für Preiszurückhaltung in Brüssel und so für weniger Anreize zu einer Überproduktion eintritt, unterstützen wir nicht nur unsere eigene Sache; wir handeln auch im Interesse der ganzen Gemeinschaft, besonders, könnte man sagen, im Interesse des europäischen Steuerzahlers. Ich muss jedoch zugeben, dass ich nicht viele Briefe von deutschen Steuerzahlern erhalte, die mir für die Bemühungen meiner Regierung danken. Die EG Agrarpreise werden jedes Jahr von dem Agrarrat festgelegt. Die diesjährigen Beratungen nähern sich ihrem Ende und werden hoffentlich nächste Woche in Luxemburg abgeschlossen werden. Die britische Regierung hat das Ziel der Kommission begrüßt, Preiserhöhungen einzuschränken. Solch eine Haltung, behaupte ich, ist durchaus vereinbar mit der eines guten Partners in der Gemeinschaft. Oder ist die Kommission etwa auch ein Außenseiter?

Fischerei

Ich möchte mich nun der Frage der Fischerei zuwenden. Wie Ihnen allen bekannt sein wird, ist dies ein Problem, über das man in Brüssel viele Stunden bis spät in die Nacht debattiert hat. Die Gemeinschaft versucht seit fast eineinhalb Jahren, sich auf ein internes Fischereiabkommen zu einigen. Bisher ist es ihr noch nicht gelungen, und gerade auf diesem Gebiet wird die Rolle des Vereinigten Königreichs als Prügelknabe sichtbar.

Man hat uns beschuldigt, Meinungsverschiedenheiten herauszufordern, so dass wir vielleicht unser eigenes nationales Fischereisystem aufstellen könnten; und man hat uns beschuldigt, wir wollten gegen die Verpflichtungen des Vertrags verstoßen. Ich möchte zu all dieser Kritik heute Abend Stellung nehmen.

Die britische Haltung steht, so behaupte ich, nicht im Widerspruch zu der Gemeinschaft; wir sind auch nicht auf ein Chaos aus, um dann eine internationale Regelung einzuführen. *Die britische Regierung wünscht eine Gemeinschaftslösung.* Die Tatsache, dass es der Fischereirat vom 30. bis 31. Januar nicht fertig brachte, sich auf eine Gemeinschaftsregelung zu einigen, ist überdramatisiert worden. Wir haben den Misserfolg bedauert, der größtenteils darauf zurückzuführen war, dass die gesonderte Frage der Abwertung des grünen Pfundes mit der Fischerei verflochten wurde. Eine „Denkpause“ war danach angebracht, damit die Beteiligten wieder klare Gedanken fassen konnten. Wir wollen jedoch nicht den Schwung des Verhandeln verlieren. Wir sind einen langen Weg gegangen, um eine Gemeinschaftslösung zu finden, und solch eine Lösung ist unserer Überzeugung nach möglich, vorausgesetzt, es besteht der politische Wille.

Ich möchte noch ein allgemeines Missverständnis bezüglich der britischen Einstellung zur Gemeinsamen Fischereipolitik ansprechen. Sie werden alle das britische Argument kennen, dass uns der Anteil des Kontingents zusteht, der dem britischen Beitrag an Fisch zum Gemeinschaftsteich entspricht: Das sind 60 Prozent. Dieser Ansicht steht das Argument entgegen, dass nach Geist und Wortlaut der Gemeinschaftsvorschriften eine Zusammenlegung der Ressourcen geboten ist.

Das ist ein interessanter Punkt, diese Sache mit den gemeinsamen Ressourcen. Man hätte glauben können, dass „gemeinsame Ressourcen“ ganz normal in der EG wären. Tatsache aber ist, dass es keine weiteren „gemeinsamen Ressourcen“ in der Gemeinschaft gibt. Deutsche Kohle und britische Kohle bleiben in diesem Zusammenhang deutsch oder britisch, und wenn man welche haben will, muss man dafür zahlen. Deutsche Devisenreserven bleiben deutsch. Es ist mir nicht erlaubt, Ihre Kasse bei der Bundesbank anzutasten. Dasselbe kann von französischem Ackerland gesagt werden. Ein britischer Landwirt kann nicht einfach seinen Traktor besteigen, die

Fähre über den Ärmelkanal nehmen und beginnen, das erstbeste Stück französischen Lands zu pflügen, das ihm zusagt. Holländisches Erdgas ist holländisch und war immer holländisch: Niemand anders hat das Recht, ein Loch zu bohren und das Gas ohne Bezahlung herauszupumpen. Aber Fisch soll eine Ausnahme darstellen und eine allgemeine Ressource werden.

Ist es deshalb überraschend, wenn die Briten ein bisschen misstrauisch werden angesichts der Tatsache, dass die Gemeinschaft der Sechs während der ersten 14 Jahre ihres Bestehens sehr gut ohne irgendeine Art der Gemeinsamen Fischereipolitik auskam, ganz abgesehen von einer Gemeinsamen Fischereipolitik zur Schaffung für das erste Mal in der Geschichte der EG einer gemeinsamen Ressource und dass sie dann ganz plötzlich kurz vor dem Beitritt Großbritanniens mit 60 Prozent der gemeinsamen Ressourcen eine solche Politik zusammengebastelt hat?

Finden Sie es außerdem überraschend, dass die Briten noch misstrauischer einer Politik gegenüberstehen, die zum ersten Mal versucht, eine Praktik ins Gemeinschaftsrecht einzuführen, die eine gemeinsame Ressource schafft, besonders wenn sie sich unmittelbar auf die Interessen der drei neuen Mitglieder auswirkt als auf die der sechs Gründungsmitglieder?

Großbritannien ist ein Inselstaat, (Shakespeare spricht von dem „Edelstein in einem Silbersee“). Das Meer hat eine wesentliche Rolle in unserem Dasein gespielt. Wir haben auch einen hoch entwickelten Sinn für Fair Play. Wir sind natürlich nicht die Einzigen, die für Fair Play eintreten; aber die Deutschen haben uns die Ehre erwiesen, das englische Wort „fair“ in ihre Sprache aufzunehmen. Wir haben nichts dagegen. Sie mögen die englische Sprache als „gemeinsame Ressource“ ansehen, wenn Sie gern möchten. Ohne Bezahlung. Wir versuchen auf jeden Fall, das Konzept des Fair Play in die Gemeinsame Fischereipolitik einzuführen.

Lassen Sie mich also Folgendes klarstellen. Großbritannien ist bereit, über eine Gemeinsame Fischereipolitik zu verhandeln. Zweitens: Wir glauben, dass unsere gegenwärtigen Verhandlungsziele im Einklang sind mit den Vertragsverpflichtungen. Drittens: Wir glauben, dass wir unsere vertraglichen Verpflichtungen mit einem Sinn für Fairness vereinbaren können. Würde ein Außenseiter im Geiste und nach dem Wortlaut der Verträge handeln? Würde ein Außenseiter an Fair Play glauben?

Ich überlasse es Ihrem Urteil, Antworten auf diese Fragen zu geben.

Jetzt wollen wir uns aber zur Abwechslung einmal angenehmen Dingen zuwenden. Welche Unterschiede auch in den Landwirtschafts- und Fischereiräten bestehen mögen, so glaube ich trotzdem ohne Anmaßung sagen zu können, dass Großbritannien immer seine vollständige Rolle in allen Räten der Gemeinschaft gespielt hat und spielen wird.

Ich höre sehr wenig Klagen über unser Verhalten im Europäischen Rat, dem obersten Rat der Gemeinschaft, in dem die neun Regierungschefs sich dreimal im Jahr treffen. Ich höre sehr wenig Klagen über unser Verhalten im Außenpolitischen Rat, wo sich die Außen- und Handelsminister jeden Monat treffen. Ich höre sehr wenig Klagen über unser Verhalten im Finanzrat, wo sich die Finanz- und Wirtschaftsminister in ähnlicher Weise etwa einmal im Monat treffen.

Natürlich kämpfen wir hart; aber das tun alle anderen auch. Ich habe großen Respekt vor dem Kampfgeist unserer deutschen Verhandlungspartner. Natürlich wird in Brüssel viel gestritten. Das ist kaum überraschend, wenn man an die Vielschichtigkeit der von uns zu bewältigenden Aufgaben denkt, nämlich neun sehr verschiedene nationale Volkswirtschaften unter einen Hut zu bringen. Wenn ich mich recht erinnere, gab es auch schon vor unserem Beitritt Streitigkeiten. Zweifellos wird es Streitigkeiten geben, wenn Griechenland, Spanien und Portugal beigetreten sind. Das liegt in der Natur des Familienlebens in der Gemeinschaft. „Fortschritt durch Krise“ könnte in der Tat das Motto der Gemeinschaft lauten.

Wenn Sie also von Streitigkeiten in Brüssel hören, sollten Sie sich freuen und frohlocken; denn jeder Streit beweist, dass Leben in der Gemeinschaft ist, dass es ihr gut geht und sie funktioniert. Besorgt sollten Sie sein, wenn in Brüssel Stille herrscht; aber das passiert nicht so leicht, außer während der

Augustferien, wenn alle sich von den vergangenen Schlachten erholen und Kräfte für zukünftige Schlachten sammeln.

Europäische Union

Ich möchte noch ein anderes Thema anschneiden, weil es zu einer Menge Missverständnisse führt, besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein Thema, das manchmal die Gemüter aufwallen lässt, zumal noch keine Einigkeit darüber in der Gemeinschaft besteht. Es ist kein umstrittenes Thema zwischen Großbritannien und allen anderen; es ist eines, über das es einfach keine einheitliche Meinung gibt. Ich meine die Europäische Union.

Zunächst ist festzustellen, dass die Europäische Union nirgends erwähnt wird, weder in den Römischen Verträgen noch im Beitrittsabkommen. Noch weniger gibt es irgendeine Definition, die erklärt, was sie bedeutet, ganz zu schweigen von der Art, wie sie erreicht werden soll. Ich wiederhole: Weder Zweck noch Mittel zum Zweck werden in den Verträgen erwähnt. Das Einzige ist ein Satz in der Präambel zu den Römischen Verträgen, der besagt, der politische Zweck der Verträge sei ein immer engerer Zusammenschluss der Mitgliedstaaten. Das ist der Wortlaut des deutschen Texts: „ein immer engerer Zusammenschluss“.

Es erscheint mir völlig legitim, wenn die Mitgliedstaaten verschiedene Meinungen darüber haben, was die Europäische Union bedeutet und wie sie zustande kommen sollte. Es ist völlig legitim, dass die Bundesrepublik Deutschland, zum Beispiel, mit ihren positiven Erfahrungen eines föderativen Systems, sich für ein föderatives Europa einsetzt; ein Bundeseuropa. Es ist gleichermaßen legitim, wenn Großbritannien oder Frankreich oder Dänemark – alle Länder mit langjähriger geschichtlicher Tradition und Erfahrung bezüglich eines zentralisierten Regierungssystems – die Sache lieber vorsichtig angehen. Der Föderalismus stellt einen Weg dar; aber das ist sicher nicht der einzige Weg in die europäische Zukunft. Es ist bestimmt nicht legitim, uns als uneuropäisch zu beschimpfen, wenn wir keinen Hehl daraus machen, dass der föderative Weg nicht der bevorzugte Weg für uns ist.

Wir Briten sind aufgrund von Erfahrung und Tradition starke Pragmatiker. Wir haben keine Tradition oder Erfahrung in Bezug auf das theoretische Schaffen einer Verfassung. Wir misstrauen politischer Theorie. Wir möchten klar sehen, wohin wir gehen und welche Konsequenzen unser Tun haben wird. Wir verpflichten uns grundsätzlich erst dann, wenn wir genau wissen, dass wir der Verpflichtung nachkommen können. Unsere Mentalität lässt es nicht zu, dass wir im Prinzip etwas zustimmen und dann bei den praktischen Auswirkungen wie Kampfahne streiten. Dieser Ansatz findet – da bin ich sicher – ein sympathisches Echo bei den Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg. Vor allem sind wir gegen die Praktik des Setzens von Zielen, die nachher nicht erreicht werden können, oder von politischen Empfindungen, die nicht verwirklicht werden können. Die langfristige Enttäuschung ist meistens stärker als die kurzfristige Euphorie. All dies ist ein Zeichen dafür, wenn ich es so sagen darf, dass die Briten die Gemeinschaft ernst nehmen und nicht umgekehrt.

„Die Europäische Union bis 1980“ war eines jener falschen Ziele. Es klang gut, als die Regierungschefs im Herbst 1972 das Wort erfanden. Aber es war nur ein leeres Wort, eine Phrase. Und als Mr. Callaghan, als neu ernannter Außenminister, seine acht Kollegen in Schloss Gymnich im April 1974 anderthalb Jahre später fragte, was sie damit meinten, erhielt er genauso viele Antworten wie Staaten am Tisch vertreten waren. Jeder hatte sein eigenes geistiges Konzept.

Es ist durchaus legitim, wenn jeder sein eigenes geistiges Konzept hat. War es jedoch klug, ein Wort zu schaffen, das statt klar definierter Einigkeit einen Deckmantel für Uneinigkeit darstellte? War es klug, Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden konnten? Und das war, bevor die Weltrezession, in der wir noch immer leben, uns alle wieder von vorn anfangen ließ. Uns in Großbritannien erscheint es viel besser, Schritt für Schritt voranzugehen und jeden neu gewonnenen Quadratmeter Erde auf seine Festigkeit zu überprüfen, bevor wir unseren Fuß darauf setzen und den nächsten Schritt wagen. Sie ken-

nen wohl das Märchen vom Hasen und vom Igel. Wir schämen uns nicht, die Rolle des Igels zu befürworten; wie Sie sich erinnern mögen, kam der Igel als Erster ins Ziel.

Wäre es untragbar anmaßend zu behaupten, dass ein gewisses Maß an Pragmatismus, das Großbritannien in die Gemeinschaft einbringt, wertvoll für Europa ist und uns zum treuen Partner und nicht zum Außenseiter macht?

Aber Pragmatismus und ein guter Markt für deutsche Exportgüter sind nicht die einzige Mitgift, die Großbritannien in die Vernunfttheorie eingebracht hat.

Es ist heute eine unumstößliche Tatsache, dass Europa seit Großbritanniens Beitritt zur Gemeinschaft ein Machtfaktor geworden ist, mit dem man international rechnen muss. Es ist verfrüht zu behaupten, dass Europa eine Supermacht ist, und ich stelle keine solche Behauptung auf. Aber Europa-mit-Großbritannien hat eine ebenso große Bevölkerung wie die Supermächte. Sein Bruttosozialprodukt ist genauso groß wie das der Vereinigten Staaten. Es hat einen viel größeren Anteil am Welthandel als die USA. Und es hat ein großes Entwicklungspotenzial.

Und seit Großbritanniens Beitritt erkennt Europa allmählich, welches Potenzial ihm zur Verfügung steht. Europäische Macht wirkt sich immer mehr auf Weltprobleme aus. Europa handelt als Europa in den meisten großen internationalen Organisationen. In verstärktem Maße handelt es als Europa, stimmt es als Europa in der UNO. Auf der KSZE-Konferenz in Helsinki im Jahre 1975 bildete es den Antriebsmotor der westlichen Welt: Es tat dasselbe auf der Folgekonferenz in Belgrad in 1978; das wird sich in 1980 in Madrid wiederholen.

In allen internationalen handelspolitischen Angelegenheiten tritt Europa als eine Gemeinschaft gegenüber dem Rest der Welt auf. Die Europäische Gemeinschaft hat Kompetenz in der gegenwärtigen Verhandlungsrunde mit den Industrieländern im GATT. Die Europäische Gemeinschaft hat Kompetenz in unseren Beziehungen mit sehr vielen Ländern in der Dritten Welt im Rahmen des Lomé-Abkommens. Das Abkommen von Lomé stellt das Nachfolgeabkommen des Jaunde-Abkommens dar und unterstreicht meine Aussage über Großbritannien. Das Jaunde-Abkommen war eine begrenzte Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft der Sechs und etwa einem Dutzend afrikanischer Länder. Das Lomé-Abkommen ist ein umfassendes Übereinkommen zwischen der Gemeinschaft der Neun und 50 Staaten in Afrika, dem Pazifik und in der Karibischen See, wobei viele dieser Länder ehemalige britische Kolonien waren.

Die Europäische Gemeinschaft handelt als eine Gemeinschaft im Nord-Süd-Dialog, einem Dialog, der schon begonnen hat und wahrscheinlich immer mehr die Aufmerksamkeit der Welt in Anspruch nehmen wird bis Ende dieses Jahrhunderts. Die Gemeinschaft handelt als eine Gemeinschaft in dem Euro-Arabischen Dialog, einem Dialog von entscheidender Bedeutung für unsere Beziehungen zu unseren ölbesitzenden wohlhabenden Nachbarn im Nahen Osten. Die Gemeinschaft wird immer mehr zuständig für unsere Beziehungen zu den Ländern Osteuropas werden.

Außerdem spielen die Neun eine immer größere Rolle bei der europäischen politischen Zusammenarbeit, indem sie mehr und mehr gemeinsam handeln beim Aufbau einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik gegenüber der restlichen Welt.

Ich denke manchmal, die Welt hat eine höhere Meinung von Europa, als Europa von sich selbst hat. Die Welt scheint sich des wachsenden Einflusses und der immer größer werdenden Macht Europas bewusst zu sein; Europa ist eher geneigt, seine Schwäche in den Vordergrund rücken zu lassen. Aber ich halte es nicht für anmaßend zu sagen, dass die Rolle Europas in der Welt sich seit dem Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft vergrößert hat, dass Großbritannien einen wichtigen Beitrag zur Ausweitung von Europas Stellung in der Welt geleistet hat und dass diese Entwicklung von großem Vorteil für Europa und die Welt ist.

Aber wie ich schon vorhin erwähnte: Das war natürlich einer der Hauptgründe, warum Großbritannien der Gemeinschaft beitrug. Europa-mit-Groß-

britannien sollte in die Lage versetzt werden, seine Zukunft auf internationaler Ebene in einem größeren Maße zu bestimmen. Ist das der Beitrag eines treuen Partners – oder eines Außenseiters?

Ich komme zum Ende meines Vortrags. Es scheint eine naturgegebene menschliche Eigenschaft zu sein, Erfolg zu missachten und sich auf Schwächen zu konzentrieren und nach Prügelknaben zu suchen. Unzufriedenheit mit dem Erreichten kann selbst eine Quelle der Stärke bilden, wenn sie uns zu weiteren Anstrengungen anspornt. Aber sie wirkt sich schwächend aus, wenn sie uns nur jammern und die Hände ringen lässt wie der weibliche Chor in einer griechischen Tragödie. Weg mit dem Jammern und Hänierungen.

Ich habe heute Abend versucht, die deutsch-britischen Beziehungen in eine richtige Perspektive zu bringen. Ich glaube, dass bei allen Dingen, die uns lebenswichtig sind – Berlin, die NATO, Europa, die ganze Welt – unsere Beziehung im Grunde eine gesunde ist. Wir mögen von Zeit zu Zeit Zahnschmerzen haben; aber die Knochenstruktur ist gesund, die Muskulatur robust und Kreislauf und Nervensystem in gutem Zustand. Und gegen Ende dieser Woche werden sich einige tüchtige Zahnärzte in Brüssel treffen, um die Zahnschmerzen zu heilen.

„Großbritannien – Ihr treuer Partner – oder Außenseiter?“ Vorausgesetzt, wir denken in den richtigen Perspektiven, glaube ich, dass ich auf Ihre Antwort Verlass haben kann. ■